

28. Sitzung vom 27. Januar 2025

rsa / fmr

Seite 637

Behörde	Gemeinderat
Traktanden	Siehe unten
Sitzungsdatum/Zeit	Montag, 27. Januar 2025, 19:30 – 20:15 Uhr
Sitzungsort	Sitzungssaal Untermosen, Gulmenstrasse 4
Teilnehmende	33 Mitglieder des Gemeinderats, 7 Mitglieder des Stadtrats und die Stadtschreiberin, die Ratssekretär-Stellvertreterin sowie der Ratsweibel
Entschuldigte	Ursula Gall Corinna Martinelli

Traktanden

1. Mitteilungen
 2. Fragestunde
 3. Abnahme der Protokolle vom 25. November 2024 und 9. Dezember 2024
 4. Interpellation der FDP/BFPW-Fraktion, vom 19. November 2024, betreffend Optimierung der Städtischen IT; Begründung
 5. Postulat der FDP/GLP-Fraktion, vom 13. Juli 2021, überwiesen am 8. November 2021, betreffend Konzept Freizeitanlage Untermosen; Beantwortung
 6. Postulat der FDP/BFPW-Fraktion, vom 2. Februar 2024, überwiesen am 27. Mai 2024, betreffend Beseitigung strukturelle Finanzierungslücke Stadt; Beantwortung
 7. 17 Einbürgerungsgeschäfte
-

(Die Traktandenliste wurde rechtzeitig am 17. Januar 2025 im Digitalen Amtsblatt Schweiz amtlich publiziert.)

(Keine Einwendungen gegen die Traktandenliste.)

1. Mitteilungen

(Gemeinderatspräsident Nicolas Rasper begrüsst die Anwesenden ganz herzlich zur heutigen Gemeinderatssitzung.)

1.1 Überweisungen

Keine.

1.2 Eingänge

- Fragen von Bruno Cogliati, SVP, vom 10. Januar 2025, für das Traktandum Fragestunde
 - Protokoll der GR-Sitzung vom 9. Dezember 2024
 - Protokoll der GR-Sitzung vom 25. November 2024
 - Beantwortung der Schriftlichen Anfrage der Fraktionen FDP/BFPW, Die Mitte und SVP, vom 23. August 2024, zur Investitionspolitik des Stadtrats, insbesondere in Bezug auf den Seeuferweg Seeplatz – Halbinsel Giessen
 - Beantwortung des Postulats der FDP/BFPW-Fraktion, vom 2. Februar 2024, überwiesen am 27. Mai 2024, betreffend Beseitigung strukturelle Finanzierungslücke Stadt
 - Beantwortung des Postulats der FDP/GLP-Fraktion, vom 13. Juli 2021, überwiesen am 8. November 2021, betreffend Konzept Freizeitanlage Untermosen
 - Interpellation der FDP/BFPW-Fraktion, vom 19. November 2024, betreffend Optimierung der Städtischen IT
-

0.5.0

2. Fragestunde

Bruno Cogliati, SVP, hat zu diesem Traktandum folgende Fragen eingereicht. Sie lauten:

"Mit der Annahme des Budgets 2025 hat der Gemeinderat auf Antrag der Abteilung Immobilien den Betrag von CHF 400'000 für die Anpassung der Lüftungsanlage in dem im Jahr 2021 in Betrieb genommenen Minergie P-ECO Neubau des Schulhauses Glärnisch bewilligt.

Fragen:

- 1. Hat der Stadtrat die offensichtlichen Mängel an der neuen Lüftungsanlage im Schulhaus Glärnisch fristgerecht beim ausführenden Unternehmen gerügt und um Behebung dieser Mängel ersucht?**
- 2. Ist der Stadtrat gewillt auf den im November 2019 behördenverbindlich verabschiedeten Beschluss, nach Gebäudestandart 2019 zu bauen, zurückzukommen und auf Neubauten nach Minergie P-ECO Standard in Zukunft zu verzichten?"**

Stadtrat Finanzen Christof Wolfer: Die im Budget eingestellten 400'000 Franken betreffen nicht die Anpassung der Lüftungsanlage, sondern deren Ergänzung. Es geht um den Einbau einer Kühlung während den heissen Sommertagen. Dies war im Projekt nicht vorgesehen,

hat sich aber in der Praxis als dringend notwendig erwiesen. Es ist jedoch so, dass sich mit der Inbetriebnahme des Ergänzungsbaus Glärnisch, verschiedene Unzulänglichkeiten in der Funktionsweise der Lüftungsanlage ergaben. Dabei handelt es sich um eine Mischung von objektiven und subjektiven Unzulänglichkeiten mit Einfluss auf Temperatur, Luftfeuchtigkeit und Luftqualität.

Im Verlauf der 2-Jahres-Garantie hat man sehr viel Abklärungen betrieben und Nachbesserungen vorgenommen. Das einerseits, um die Situation zu verbessern und andererseits auch, um beurteilen zu können, ob da objektive Fehler passiert sind in der Planung und in der Ausführung. Im Vorablauf der Garantiefrist hat man alle planungs- und ausführungsbeteiligten Parteien ordentlich gerügt. Allerdings sind die Rügen – insbesondere die vom Plan – noch zurückgewiesen worden, denn die Luftwerte entsprechen den Vorgaben und die Temperatur sei in Anbetracht, dass keine Kühlung bestellt wurde, auch im Rahmen. Die Stadt hat in der Folge einen unabhängigen Lüftungsplan mit der Erstellung von einem Gutachten beauftragt. Die Stadt hat dann auf Empfehlung von diesem Gutachten die weitere Massnahme ergriffen und die Steuerung und Belüftung neu eingestellt und verändert.

Das haben wir als erfolgsversprechender angeschaut, als uns auf rechtliche Verfahren einzulassen. Aktuell laufen die Auswertungen der neuen Luftwerte nach erfolgter Umsetzung der Massnahmen und wir hoffen, dass die Ergebnisse jetzt Besserung zeigen.

Zu der zweiten Frage, ob wir vom Minergie P-ECO-Standort verzichten wollen. Die kurze Antwort ist nein. Die Ausführung dazu, als Energiestadt Gold werden wir in der Stadt Wädenswil städtische Hochbauten in der Regel nach dem Gebäudestandard 2.19 bauen, das heisst Minergie P-ECO oder vergleichbar. Allerdings können wir unter Umständen auch davon abweichen. Dann, wenn es zum Beispiel aus Wirtschaftlichkeit nicht gegeben ist. So passiert bei der provisorischen Asylunterkunft, auch bei der neuen Notunterkunft haben wir die Standorte nicht eingehalten, auch bei denkmalgeschützten Gebäuden und bei ganz alten Liegenschaften ist das der Fall.

Sofern es notwendig ist, verzichten wir auf eine Zertifizierung. Wir machen eine Zertifizierung nur dort, wo es gewinnbringenden Nutzen für die Stadt bringt. Aber auch ohne Änderung bezüglich Gebäudestandard, fliessen natürlich die Erfahrungen aus dem Schulhaus Glärnisch in zukünftige Projekte ein. So ist zum Beispiel im Schulhaus Ort auf eine Lüftungsanlage in den Klassenzimmern verzichtet worden und dafür kann man wieder alle Fenster manuell öffnen. Und auch eine Kühlung ist von Anfang an eingeplant worden.

Nicolas Rasper, Gemeinderatspräsident: Vielen Dank. Der Fragesteller hat nun die Möglichkeit, eine kurze Erklärung abzugeben, Präzisierungen zu verlangen und/oder sachbezogene Ergänzungsfragen zu stellen.

Bruno Cogliati, SVP: Das Wort wird nicht gewünscht. Danke für die Beantwortung.

0.5.1

3. Abnahme der Protokolle vom 25. November 2024 und 9. Dezember 2024

(Die Protokolle vom 25. November 2024 und 9. Dezember 2024 werden genehmigt.)

0.5.4

4. Interpellation der FDP/BFPW-Fraktion, vom 19. November 2024, betreffend Optimierung der Städtischen IT, Begründung

(Roman Schafflützel verlässt den Bock und geht an seinen angestammten Platz)

Roman Schafflützel, FDP: Digitalisierung und E-IT bieten jeder Organisation wichtiger, auch in der Stadt Wädenswil. Leider wird sie auch immer komplexer und teurer. Für die Fraktion der FDP/BFPW ist die Digitalisierung der Stadt seit Längerem ein wichtiges Thema. Anfangs Legislatur sind uns grosse Fortschritte in diesem Bereich versprochen worden. Wir sind aber immer noch ein bisschen skeptisch. Aufgrund der angesprochenen Komplexität dieser Materie und auch wegen dem andauernden Fachkräftemangel stellen wir auch grundlegende Fragen wie ob wir organisatorisch richtig aufgestellt sind. Darum bitten wir den Stadtrat um eine frischgerechte Beantwortung von dieser Interpellation und um Prüfung, in welchem Bereich eine Zusammenarbeit mit externen Partnern ein besseres Kosten-Leistungs-Verhältnis erreichen kann.

Die Interpellation betreffend Optimierung der Städtischen IT geht zur Beantwortung an den Stadtrat.

0.5.4

5. Postulat der FDP/GLP-Fraktion, vom 13. Juli 2021, überwiesen am 8. November 2021, betreffend Konzept Freizeitanlage Untermosen; Beantwortung

Stadtrat Gesellschaft Daniel Tanner: Ich bedanke mich für das Postulat. Persönlich verstehe ich das Anliegen zu diesem Postulat, weil das Potenzial der Freizeitanlage in der Vergangenheit tatsächlich nicht optimal genutzt worden ist. Das Postulat hat sich demnach auch mit dem Anliegen des Stadtrats gedeckt, die Freizeitanlage neu auszurichten. Mit der Neugründung der Soziokultur, mit der definitiven Etablierung in der Abteilung Gesellschaft, hat sich die Abteilung Gesellschaft ab 2022 intensiv auf die Suche gemacht nach einem Interessenten für die Übernahme der offenen Werkstätten.

Der entsprechend gegründete Verein Offene Werkstatt Wädenswil (OWW), hat sich bereit erklärt, ab 2023 den Betrieb der Werkstätten zu übernehmen. Die personellen Ressourcen, die bis dahin von der Dienststelle Soziokultur bereitgestellt worden sind, können seitdem optimal für den Treffpunkt und die Freizeitanlage eingesetzt werden, was schliesslich auch die Kernaufgabe der Soziokultur darstellt. Der Stadtrat unterstützt den Verein Offene Werkstätten Wädenswil für seine Leistungen mit einem Jahresbeitrag während der Pilotphase von fünf Jahren. Der Verein OWW ist im Gegenzug verpflichtet, die offenen Werkstätten, selbst zu betreiben, Wirtschaftlichkeit sicherzustellen und die Kosten für den laufenden Betrieb selbst zu decken. Er berichtet dem Stadtrat jährlich über die Erfolge und Bilanz.

Nach Ablauf vom Pilot im August 2028 wird der Stadtrat die Zusammenarbeit mit dem OWW neu evaluieren und die Zukunft festlegen. Ich persönlich bin überzeugt, dass mit dieser Lösung die finanziellen und personellen Ressourcen der Stadt optimal eingesetzt werden und der Bevölkerung dank der Zusammenarbeit ein sehr wertvolles, wichtiges und geschätztes Angebot bereitgestellt wird. An dieser Stelle möchte ich mich auch ganz herzlich bedanken beim Verein OWW, der auch mithilft, das zu ermöglichen. Besten Dank.

Beat Lüthi, FDP: Wir bedanken uns beim Stadtrat für die Beantwortung des Postulats aus dem Jahre 2021. Die FDP/BFPW-Fraktion findet es hingegen nicht akzeptabel, dass sich der Stadtrat zweieinhalb Jahre Zeit gelassen hat mit der Beantwortung von dem Postulat, das damals notabene in einer anderen Fraktionszusammensetzung, als wir es heute haben, nämlich mit FDP und GLP, eingereicht worden ist. Gerne mache ich den Fächer noch einmal auf und rekapituliere kurz mit so vielen Neugesichtern im Rat, warum es damals überhaupt zur Einreichung dieses Postulats gekommen ist.

Die von der Stadt im Schulhaus Untermosen betriebene Freizeitanlage hat in der 10er Dekade immer mehr Kurse angeboten, welche zu immer grösseren Defiziten führten. Das Defizit betrug zum Zeitpunkt der Einreichung des Postulats rund 650'000 bis 750'000 Franken pro Jahr. Wir halten dem Stadtrat zugute, dass er sich anschliessend ernsthaft Gedanken gemacht hat, wie die Freizeitanlage einer externen Trägerschaft übergeben und damit auch deren finanzieller Verantwortung überlassen werden kann.

2022 hat der Stadtrat entschieden, das Konzept "Offene Werkstätten Wädenswil" des Fördervereins Freizeitanlage Untermosen zu unterstützen und eine Übertragung der Verantwortung und des Betriebs dem Förderverein FZA bzw. dessen Nachfolgeverein OWW (Offene Werkstatt Wädenswil) in die Wege zu leiten. Gemäss der Leistungsvereinbarung mit der Stadt Wädenswil mit dem Verein OWW dauert bis 2028 und sieht vor, dass die Stadt pro Jahr einen Zuschuss und Mietzinserslass von zusammen 100'000 Franken dem OWW pro Jahr gewährt.

Das klingt nach einer klaren Verbesserung gegenüber der zuvor aus unserer Sicht untragbaren Situation, die der Stadt erhebliche Einsparungen bringt, unter Aufrechterhaltung des Kurswesens in der Freizeitanlage.

Parallel aber führt die Stadt via Soziokultur alle anderen Bereiche der vormaligen Freizeitanlage auf Rechnung der Stadt weiter, so die Kursangebote im Bereich Keramik / Textil, den Treffpunkt Untermosen inklusive "Kafi" sowie Raumvermietung und Veranstaltungen. Die Kosten für das alles sind heute irgendwo im Budget der Soziokultur versteckt. Es ist nun nicht mehr transparent, was die Kosten der Stadt dafür sind, und insgesamt, zusammen mit den Beiträgen an die OWW, um sagen zu können, wie viel geringer das jährliche Defizit heute ist verglichen mit der Situation vor vier Jahren.

Zudem hat die Stadt nach 2022 Mitarbeiter der Soziokultur, welche zuvor in der Freizeitanlage eingesetzt waren, anderweitig für erweiterte Aufgaben der Soziokultur eingesetzt. Ein klarer Leistungsausbau, und das unseres Wissens ohne expliziten Auftrag des Gemeinderats.

Wie hoch die Kosteneinsparung aus der Neuorganisation der Freizeitanlagen insgesamt ist, lässt sich somit nicht mehr eruieren. Die aus dieser Neugruppierung der Aktivitäten der ehemaligen Freizeitanlage resultierende kostenseitige Intransparenz dürfte zumindest für einzelne Vertreter des Stadtrats nicht unwillkommen sein. Ich möchte hier niemandem etwas unterstellen. So fanden die Kritiker aus GRPK und Gemeinderat, aber auch aus der Öffentlichkeit keine konkreten, harten Fakten mehr, mit denen sie zuvor die horrenden Gesamtdesizite des damaligen Gesamtkonzepts «Freizeitanlage» anprangern konnten.

Frage an die Anwesenden: Wie viele Vereine denken Sie, gibt es in Wädenswil? Ich konnte die Antwort auch fast nicht glauben, aber gemäss Website der Stadt sind es aktuell 231. All diese Vereine leisten in unzähligen freiwilligen Stunden Unglaubliches für die Bevölkerung und das aktive Leben der Stadt. Das meiste in Fronarbeit in der Freizeit.

Die Stadt mag als Katalysator für den Aufbau von Treffpunkten oder Freizeitangeboten wirken, aber sie soll nicht mit eigenem teurem Personal und auf eigene Rechnung Kurse durchführen, Treffpunkte und Kafis betreiben und die daraus resultierenden Betriebsdefizite Jahr für Jahr decken. Solche Initiativen sollen durch private Vereine (wie Quartiervereine) getätigt und getragen werden.

Die meisten Quartiere haben keine solchen von der Stadt gesponserten Treffpunkte und müssen sich selbst organisieren. Und das funktioniert auch. Der Staat muss nicht überall alles selbst machen. Die Einwohner entwickeln Eigeninitiative. Es ist einfach nicht Kernaufgabe einer Stadt, hier die Bevölkerung in der Freizeit zu bespielen, schon gar nicht, wenn die Finanzen ohnehin nicht im Lot sind. Der Steuerzahler soll von solchen Zusatzaufgaben entlastet werden.

Und die jährlich 100'000 Franken direkter Betriebsbeitrag an den OWW für die Werkstätten bis 2028 sind sehr hoch. Wir erwarten, dass dieser Betrag nach Ende der Vertragslaufzeit im Jahre 2028 deutlich gekürzt wird. Die anderen Vereine der Stadt müssen für Räumlichkeiten Nutzungsgebühren zahlen und bekommen nur sehr geringe Unterstützungsleistungen von der Stadt. Es wäre unfair, den Verein OWW bzw. die Freizeitanlage so viel stärker zu unterstützen als andere Vereine.

Abstimmung über Abschreibung des Postulats

Der Rat stimmt der Abschreibung des Postulats zu.

Das Postulat betreffend Freizeitanlage Untermosern wird als erledigt abgeschrieben.

0.5.4

6. Postulat der FDP/BFPW-Fraktion, vom 2. Februar 2024, überwiesen am 27. Mai 2024 betreffend Beseitigung strukturelle Finanzierungslücke Stadt; Beantwortung

Stadtrat Finanzen Christof Wolfer: Ich verzichte, die schriftlichen Ausführungen der Antwort zu wiederholen, möchte aber ein paar Punkte herausgreifen und kommentieren.

Mit der Festlegung einer Finanzstrategie im Jahr 2022 hat der Stadtrat eine klare Basis gelegt. Einerseits will er die Finanzlage der Stadt Wädenswil einheitlich messen und andererseits, was für Ziele er sich für diese Legislatur setzt. Die festgelegten Messgrössen haben sich klar bewährt. So hat sich z.B. das strukturelle Defizit als Kennzahl zur Beurteilung der laufenden Rechnung in der politischen Diskussion bewährt und auch etabliert. Die gesetzten Ziele der Finanzstrategie geben dem Stadtrat gute Leitlinien bei seinen finanzpolitischen Entscheidungen. Die meisten Ziele haben oder werden umgesetzt. Ein Ziel ist die Elimination der strukturellen Finanzierungslücke hat man klar nicht erreicht. Und wird auch per eine Legislaturperiode nicht erreicht werden. Das strukturelle Defizit ist und bleibt eine wichtige Führungskennzahl für den Stadtrat und erhält den Druck gross, diese unter Kontrolle zu halten.

Dass Wädenswil eine der wenigen Gemeinden ist, wo das strukturelle Defizit einigermaßen konstant gehalten werden kann, ist das Ergebnis dieser Bemühungen. Aber auch in Zukunft wird das eine grosse Herausforderung sein, nur schon das strukturelle Defizit gleich zu behalten. Weil, wir müssen uns bewusst sein, die grossen Treiber im Finanzhaushalt sind Ausgaben von der Schule, Pflegedienstleistungen, Asyl und Soziales. Alles Bereiche, die der Kanton vorgibt und die wir nur noch vollziehen. Also faktisch keinen Einfluss oder nur ganz wenig Einfluss haben. Ein Beispiel daraus, im Moment wird im Kantonsrat eine Entlastung der Schulleitungen und Klassenlehrer diskutiert. Das ist eine gute Sache, das Dumme ist nur, der Kostenpunkt für Wädenswil beträgt 1 – 1.5 Millionen Franken. Unser Einfluss darauf 0,0. Wenn es also so kommt, dann können wir in der Budgetbearbeitung schon noch ein paar Beiträge kürzen. Wir können auch noch die ein oder andere Stelle streichen. Aber ich garantiere Ihnen, um diese Millionen zu kompensieren, wird es nicht reichen.

Der Stadtrat wird weiterhin den Druck auf das strukturelle Defizit hochhalten. Und ist froh, wenn er den Gemeinderat dabei unterstützt. Wenn man aber das strukturelle Defizit durch Reduktion der Kosten wesentlich reduzieren möchte, ist das nur durch rigorose Leistungskürzungen mit erheblichem Schaden in den Bereichen Kultur, Natur, Umwelt, Sport, Sicherheit und Freizeit möglich. Ich kann mir nicht vorstellen, dass das im Gemeinderat mehrheitsfähig wäre. Aktuelle Diskussionen in der Sachkommission bestätigen diese Einschätzung.

Als Seegemeinde haben wir viele Privilegien. Eines davon ist, dass wir sehr hohe Grundstückgewinnsteuererträge haben. Das erlaubt es uns im Moment trotz strukturellem Defizit, die Finanzen im Gleichgewicht zu halten. Das Ziel des Stadtrats ist es, unseren relativ tiefen Steuerfuss so lange wie möglich zu halten, ohne dass der Finanzhaushalt in schiefe Lage gerät. Aus diesen Gründen beantragt Ihnen der Stadtrat das Postulat als erledigt abzuschreiben. Besten Dank.

Beat Lüthi, FDP: Wir bedanken uns beim Stadtrat für die Stellungnahme und die mündlichen Ausführungen von Christoph zum Postulat. Der Zweck des Postulats war es, den Stadtrat nicht nur an seine Absichten zu erinnern, den Finanzaushalt in nachhaltige Bahnen zu lenken, sondern von ihm auch einen nachvollziehbaren, konkreten Plan einzufordern wie er ihn umzusetzen gedenkt.

Der Stadtrat hat in seiner Antwort unter § 2.2 fünf Möglichkeiten oder Optionen aufgeführt, wie das strukturelle Defizit beseitigt werden soll. Aber die naheliegendste Variante, diejenige, wo jede Privatperson sofort als erstes Auge fassen würde, hat er wissentlich ignoriert und nicht einmal ansatzweise aufgeführt. Und zwar bei den Ausgaben einfach nachzuschärfen und die wenigstens eingefrieren, dort wo man das kann, falls zugleich bei den Erträgen ein Wachstum möglich ist, was in den letzten Jahren ja stets der Fall war. Dass das nicht einfach ist, ist uns auch klar. Und dass viele Ausgaben kantonal definiert und teilweise sogar erhöht und verschärft werden, ist uns auch klar. Aber die Aufgabe, den Haushalt ins Lot zu bringen, ist nicht unlösbar. Wenn öffentliche Haushalte wirklich sparen müssen, dann können sie auch effizienter mit den Mitteln umgehen, da gibt es mehrere Beispiele in der Vergangenheit. Ich erinnere jetzt nur, vielleicht ein bisschen in grösserem Rahmen, an Griechenland, was das für eine Erfolgsstory war in den letzten zehn Jahren. Ich will es jetzt nicht mit Griechenland vergleichen, aber es ist trotzdem so, das ist ein Land, das ein riesiges Problem hatte 2011 und heute steht es wahrscheinlich fast besser da als Deutschland. Und auch Argentinien hat in den letzten Jahren gezeigt, was möglich ist. Okay, dort ist es nicht ohne Leistungsabbau gegangen, das gestehe ich ein, aber trotzdem, wenn man muss, dann geht auch vieles. Aber soweit müssen wir ja gar nicht gehen. Wenn wir es schaffen, dass Wachstum der Ausgaben 1 Prozentpunkt unter das Wachstum der Einnahmen zu bringen, so sind wir nach sechs bis sieben Jahren am Ziel.

Das strukturelle Defizit ist ohne zusätzliche Belastung von Steuerzahlen beseitigt. Das sollte nicht unmöglich sein. Stattdessen setzt der Stadtrat in seiner Antwort zu unserem Postulat vor allem darauf, dass Grundstückgewinnsteuer weiter freudig sprudelt und damit das strukturelle Defizit, der Schuldenaufbau, der durch das strukturelle Defizit ausgelöst wird, kompensiert. Ich nenne dies das Prinzip Hoffnung. Oder die Hoffnung auf eine "Get-Out-Of-Jail-Free-Card", wenn Sie mit Monopoly vertraut sind. Und falls die Grundstückgewinnsteuer dann nicht mehr so freudig sprudelt, dann will der Stadtrat einfach den Steuerfuss erhöhen. Ich nenne das dann das Prinzip Kapitulation.

Meine Damen und Herren, Mitglieder des Stadtrats, das kann es nicht sein. Wir erwarten von Ihnen eine schonungslose Ausarbeitung von einem echten Plan zur Beseitigung des strukturellen Defizits. Die FDP/BFPW-Fraktion ist nicht zufrieden mit der vorliegenden Beantwortung des Postulats und stimmt geschlossen für die Aufrechterhaltung des Postulats.

Clemens Schroedter, GLP: Nachdem der Stadtrat fast ein Jahr lang nach Möglichkeiten gesucht hat, wie man mit der strukturellen Finanzierungslücke umgehen soll oder kann, ist die Antwort folgende: Solange die Grundstückgewinnsteuern auf dem heutigen hohen Niveau bleiben, werden trotz strukturellen Defizits keine Fortmassnahmen ergriffen. Und sollten die Grundstückgewinnsteuern oder die ordentlichen Steuern zurückgehen, ist eine Steuerfusserhöhung unumgänglich.

Das heisst, wir ignorieren die strukturelle Finanzierungslücke und reagieren dann, wenn wir in die Finanzierungslücke eingelaufen sind mit Steuererhöhung. Das widerspricht meiner Meinung nach der Kennzahl vom strukturellen Defizit grundlegend. Die grundlegende Idee ist, dass man durch das strukturelle Defizit im Vorfeld erkennt, wann man da reinläuft und dass man sich im Vorfeld Überlegungen macht, dass man da nicht vor die Wand rennt. Wir von der GLP-Fraktion sind enttäuscht von solchen Aussagen. Es ist fatalistisch zu sagen, dass man nur mit rigorosem Leistungsabbau oder rigorosen Investitionskürzungen irgendwas erreichen kann. Man könnte zum Beispiel von jeder Abteilung aufzeigen, welche ihre Bemühungen sind, die Effizienz zu steigern. Oder man kann aufzeigen, in welchen Bereichen die verschiedenen Abteilungen Potenzial sehen. Wir möchten, dass der Stadtrat nochmals über die Bücher geht und sind gespannt auf seine finale Antwort. Wir von der GLP lehnen es auch ab, das Postulat abzuschreiben.

Ulrich Reiter, Grüne: Wir haben das Thema oft diskutiert. Das strukturelle Defizit. Die Argumentation das strukturelle Defizit aufrechtzuerhalten um den Druck aufrechtzuerhalten, teile ich nicht. Es gibt andere Wege – wie auch von Christoph festgehalten – um Themen konkret anzuschauen. Dies über die Kommissionen zu machen. Lösungen in der Diskussion aufzuzeigen. Ich glaube nicht, dass es viel hilft, das Postulat aufrechtzuerhalten, sondern wir müssen gemeinsam die Thematik besprechen. Wir müssen es im politischen Diskurs ausloten, wo es Möglichkeiten gibt, Verbesserungen auf beiden Seiten zu erzielen. Wir haben viel schon angebracht. Es braucht beide Seiten. Es braucht die Erhöhung der Einnahmen und die Reduktion der Ausgaben. Aber die Effizienz ist ein Thema, das wir anschauen können. Ich plädiere dafür, dass man das in den Kommissionen macht, Lösungswege diskutiert und erachte die Aufrechterhaltung des Postulats im Moment nicht als zielführend.

Peter Huber, SP: Grundsätzlich ist die Erhöhung der Einnahmen ein erstrebenswertes Ziel. Die Idee, Firmen einen Platz zu bieten in Wädenswil, wird ja auch schon angewendet, ist schon länger angewendet worden. Aber die Steuereinnahmen zu erhöhen, indem man zum Beispiel günstige Wohnungen vernichtet, das geht mir jetzt zum Beispiel zu weit, wie das Beispiel "Büelenhäuser" zeigt, wo wohlhabendere Leute wohnen werden, die dann ein bisschen höhere Steuern zahlen. Aber das ist jetzt ein Weg, den ich nicht teilen kann.

Einen starken Leistungsabbau finde ich auch nicht erstrebenswert, weil Wohn- und Lebensqualität stark abnehmen werden. Gleichwohl wurden beim letzten Budget viele Sparanträge angenommen. Also auch das ist ein Zeichen, dass man nicht nichts macht. Darum finde ich das Aufrechterhalten von dem Druck gut, aber nicht nur. Die grosse Einschränkung der Investitionen muss meiner Ansicht nach verantwortungsvoll angegangen werden. Notwendige Investitionen in die Zukunft zu verschieben, ist es nicht. Ganz im Gegenteil finde ich es gut, Investitionen zu machen, die einen Return of Investment ergeben und später kommen. In diesem Fall finde ich die Investition gut und man darf aktuell durchaus grössere Investitionen in Kauf nehmen. Verglichen mit wirklich vergleichbaren Gemeinden – damit meine ich nicht nur die Seegemeinden – ist unser Steuerfuss recht tief. Für mich wäre es fast überraschend, wenn wir kein strukturelles Defizit hätten. Wieso sollten wir alles so viel besser machen als die wirklich vergleichbaren Gemeinden? Das Fazit ist für mich, dass die Antwort vom Stadtrat transparent ist. Und auch Lösungen aufzeigt. Ich finde es nicht zielführend, das zurück abzulehnen.

Abstimmung über Abschreibung des Postulats (mit Stimmzählern)

Der Rat lehnt die Abschreibung des Postulats mit 18 zu 12 Stimmen bei 3 Enthaltungen ab.

Gemeinderatspräsident Nicolas Rasper: Somit wird das Postulat aufrechterhalten. Der Stadtrat hat nun einmalig eine Frist von sechs Monaten zur Erstellung eines Ergänzungsberichts.

1.1.1

7. 17 Einbürgerungsgeschäfte

Severin Bachmann, Präsident Bürgerrechtskommission, Grüne: Die Bürgerrechtskommission hat die vorliegenden Einbürgerungsgesuche sorgfältig geprüft und empfiehlt dem Gemeinderat, den Kandidatinnen und Kandidaten das Wädenswiler Bürgerrecht zu erteilen.

Abstimmung über die Einbürgerungsgesuche

Gegen die von der Bürgerrechtskommission beantragten 17 Einbürgerungen gibt es keine Wortmeldungen und Gegenanträge. Es wird einzeln über die Einbürgerungen abgestimmt und den Kandidatinnen und Kandidaten unter Vorbehalt der Genehmigung durch Bund und Kanton das Wädenswiler Bürgerrecht erteilt.

[Die amtliche Publikation dieser Beschlüsse erfolgt aufgrund kantonaler Vorgaben nicht mehr.]

Gemeinderatspräsident Nicolas Rasper: Unter Vorbehalt der Genehmigung durch Bund und Kanton haben Sie mit der Zustimmung durch den Gemeinderat heute Abend das Wädenswiler Bürgerrecht erworben. Herzliche Gratulation Ihnen allen. Machen Sie doch bitte Gebrauch von Ihren neuen Rechten und beteiligen Sie sich am politischen Geschehen in Wädenswil. Der Stadtrat führt zwei Mal pro Jahr einen Neubürger- und Neuzuzügeranlass durch. Dazu sind Sie herzlich eingeladen. Sie werden in absehbarer Zeit entsprechende Post erhalten. Die eingebürgerten Personen sollen jetzt kurz nach vorne an den Tisch kommen. Ihnen wird ein kleines Präsent überreicht.

(Gegen die formelle Abwicklung der Ratsgeschäfte werden auf entsprechende Frage des Gemeinderatspräsidenten keine Einwände erhoben.)

(Gemeinderatspräsident Nicolas Rasper schliesst die Sitzung.)

Fabian Marty, Ratssekretär a.i.